

Offshore-Gesellschaften:	
Auf LuxLeaks folgen Panama Papers	1
Länderspezifische Empfehlungen	
2016 im Überblick	4
EK-Empfehlungen für Österreich	9
Brexit	13
EU-Transparenzregister	14
EU-Kanada: Debatte zu CETA	17
Vattenfall: Vergleich ISDS mit ICS	20
TISA: EK ignoriert Warnsignale	24
EU-China: Handelspolitik	28
Rohstoffsektor: EU-Verordnung zu Konfliktmineralien	32

infobrief eu& international

ISSN 2409-028X

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Wie wichtig die Forderung der AK nach einem effektiven Kampf gegen Steuerbetrug und -oasen ist, zeigt sich deutlich angesichts des Skandals um die Panama Papers. Der Beitrag von F. Ey und G. Lunzer geht u.a. der Frage nach, wie die EU-Institutionen auf die Enthüllungen reagieren. Zum zweiten Mal legt die Juncker-Kommission ihre länderspezifischen Empfehlungen vor. Deren Ausrichtung beleuchten G. Feigl und N. Soukup in einem europäischen Überblick und N. Templ in Bezug auf Österreich. Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe zur EU-Handelsagenda um TTIP, CETA und TiSA liefern die Beiträge von É. Dessewffy, E. Beer und O. Prausmüller. Auch die Frage eines möglichen WTO-Marktwirtschaftsstatus für China hat handelspolitische Brisanz (W. Greif, S. Reisecker). Erfreuliche Bewegung zeigt sich hinsichtlich der Forderung nach einem verpflichtenden Lobby-Transparenzregister (A. Wagner), zu wenig weitreichend fällt hingegen die Verordnung zu Konfliktmineralien aus (K. Küblböck). Der Ausgang des „Brexit“-Referendums ist bei Redaktionsschluss noch unklar – wie der EU-Austritt eines Mitgliedstaats ablaufen würde, beschreibt A. Wagner.

Ihre Redaktion

Die ungeahnten Dimensionen der Offshore-Gesellschaften

Auf LuxLeaks folgen Panama Papers

Die Schockwellen rund um den Steuerbegünstigungsskandal LuxLeaks sind noch nicht verebbt, da taucht auch schon der nächste Schock für Reiche und multinationale Konzerne auf. Neue Dokumente aus Panama zeigen die Praxis von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung über panamesische Briefkastenfirmen auf. Die nun aufgetauchten „Panama Papers“ geben einen noch deutlicheren Einblick, welche Dimensionen die Offshore-Systeme tatsächlich haben: Mit einem Datenvolumen von 2,6 Terabyte beziehungsweise 11,5 Millionen Dokumenten sind die Panama Papers derart umfangreich, dass erst nach und nach klar wird, welche Unternehmen und welche Personen sich der Briefkasten-Konstruktionen in Panama bedient haben, um Steuern zu „sparen“.

Gertraud Lunzer und Frank Ey

Nach den Veröffentlichungen der verschiedenen Daten-Leaks in der Vergangenheit sind die Panama Papers ein weiterer Beleg für das Ausmaß der in Steueroasen gebunkerten Vermögenswerte. Die umfangreichen Datensätze einer einzigen Anwaltskanzlei – Mossack Fonseca – stellen wohl nur einen Bruchteil der Steuerflucht im Offshore-System dar. ExpertInnen gehen von bis zu 32.000 Milliarden US-Dollar aus, die von Vermögenden „offshore“ gehalten werden. Und Panama belegt mit seinen rund 350.000

Briefkastenfirmen bei weitem nicht den Spitzenplatz. Orte wie die British Virgin Islands oder Hongkong laufen Panama eindeutig den Rang ab.¹

Reiche Privatpersonen und große Unternehmen benötigen für ihre Vermögenswerte intensive Beratung und Betreuung sowie eine entsprechende laufende Verwaltung der Werte und Anteile. Dazu bedienen sie sich der Dienstleistungen einer Beratungsindustrie von Wirtschaftsprüfungsunternehmen, Anwalts- und Steuer-





kanzleien sowie von Bankinstituten. Als die bedeutendsten AkteurInnen haben sich die sogenannten „Big Four“, die Wirtschaftsprüfungsunternehmen Deloitte, PricewaterhouseCoopers, Ernst&Young und KPMG, herauskristallisiert.² Sie sind innerhalb ihrer Branche die größten Unternehmen und in der Lage, ihre Expertise in den Finanzzentren vor Ort anzubieten.

Bis zu 32.000 Milliarden US-Dollar liegen auf Offshore-Konten

Enge Verbindungen zu den größten Bankkonzernen ■ Ihre Zusammenarbeit mit Bankinstituten ist zugleich effektiv wie systematisch organisiert. Die Vernetzungen werden in den Panama Papers aufgezeigt und können anhand vieler Fälle nachvollzogen werden. Die Daten-Leaks belegen diese systematische Konzentration der einzelnen Bankinstitute. Das International Consortium of Investigative Journalists³ hat jene Bankinstitute angeführt, die die meisten Offshore-Unternehmen für ihre Klienten angefordert haben, die mit Mossack Fonseca in Geschäftsbeziehungen standen. Eine von J. Henry 2012⁴ durchgeführte internationale Analyse der Top-50 globalen Privatbanken, die im Offshore-Geschäft tätig sind, ergibt ein ähnliches Bild: mehr als die Hälfte der gesamten Vermögenswerte sind bei den zehn größten Banken konzentriert.

Die wichtigsten Player – aber auch die mächtigsten Profiteure – im System der Steuer- und Kapitalflucht sind die involvierten Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Privatbanken. Durch ihre Unterstützung und ihre umfassende Beratung wäre Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nicht möglich. Steuerflucht hat also System.

Nun kommt das Phänomen der Steuerflucht nicht überraschend und ist

mittlerweile nicht mehr unbekannt. Steueroasen, Trusts und Stiftungen dienen nach wie vor als Vehikel, Steuerprüfungen zu umgehen und letztlich den EigentümerInnen Anonymität zu sichern. Wie Gabriel Zucman, Forscher an der Universität Berkeley in Kalifornien, berichtet, kannte Mossack Fonseca bei 14.086 von ihr gegründeten Scheinfirmen auf den Seychellen nur in 204 Fällen den tatsächlichen Eigentümer.⁵ Vermögende entziehen sich dadurch nicht nur ihrer steuerlichen, sondern in weiterer Folge in massivem Ausmaß auch den gesellschaftlichen Pflichten, was auf Kosten der Allgemeinheit geht. Die steigende Bereitschaft, der Steuerpflicht in den Ansässigkeitsstaaten zu entgehen, müsste endlich die politischen Kräfte aufrütteln, wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen.

Doch wie reagiert die EU-Politik auf diese Enthüllungen? Mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist der höchste Repräsentant der Europäischen Union unmittelbar in den LuxLeaks-Skandal involviert. Denn es ist eigentlich auszuschließen, dass er in seiner Zeit als Finanzminister und später als Premierminister von Luxemburg von den individuellen Steuervereinbarungen mit Unternehmen und reichen Einzelpersonen nicht Bescheid wusste. Immerhin geht es um 300 steuerschonende Vereinbarungen mit multinationalen Konzernen und weitere 500 mit privaten Personen, die die luxemburgische Behörde zwischen 2002 und 2010 abgeschlossen hat.⁶

Sonder- und Untersuchungsausschüsse im EU-Parlament ■ Das Europäische Parlament hat wegen LuxLeaks einen eigenen Sonderausschuss gegründet, um die Praktiken der EU-Mitgliedsländer, Unternehmen und einigen reichen Persönlichkeiten Steuervergünstigungen einzuräumen, näher zu untersuchen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker war der prominenteste Gast, der im

Sonderausschuss „Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung“ vorgeladen wurde. Er habe kein System der Steuerhinterziehung, der Steuerumgehung oder der Steuervermeidung zu Lasten anderer europäischer Staaten erfunden, so Juncker in der Aussprache. Laut Juncker seien bestehende Gesetze zur Anwendung gebracht worden, in individuelle Steuerakte habe er sich nicht eingemischt.⁷ Juncker informierte im Ausschuss noch über die Pläne der Kommission für mehr Steuergerechtigkeit, zog jedoch keinerlei persönliche Konsequenzen aus dem LuxLeaks-Skandal. Eine Tatsache, die mehreren EU-Abgeordneten sauer aufstößt.

Denn Antoine Deltour, jener ehemalige Angestellte von Pricewaterhouse-

Mehr als die Hälfte aller Vermögenswerte sind bei den 10 größten Banken konzentriert

Coopers, der den Skandal rund um die bis dahin gängige luxemburgische Praxis von „Steuerrabatten“ für multinationale Konzerne ins Rollen brachte, sitzt gemeinsam mit einem weiteren ehemaligen Mitarbeiter von PwC derzeit auf der Anklagebank. Er hat die fraglichen Dokumente an die Presse weitergeleitet. Die Luxemburger Staatsanwaltschaft fordert gegen die beiden Angeklagten eine 18-monatige Haftstrafe. Rechtlich möglich wäre sogar eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren. Mitangeklagt ist übrigens auch Edouard Perrin, der erste Journalist, der über LuxLeaks berichtete. Nach dem Willen des Staatsanwalts in Luxemburg soll er eine Geldstrafe erhalten.⁸

Als Konsequenz dieser Vorgehensweise gegenüber den Whistleblowern fordern die beiden Berichterstatter des EU-Parlaments, Jeppe Kofod und Michael Theurer, in einem neuen »



Berichtsentwurf des Sonderausschusses einen rechtlichen Schutz sowohl für Whistleblower als auch für JournalistInnen, die über diese Praktiken berichten.⁹

Auch sonst stellen die EU-Abgeordneten eine Reihe von Forderungen, um für ein faires Steuerrecht zu sorgen: Reformen bei der Unternehmensbesteuerung, Maßnahmen gegen aggressive Steuerpraktiken, Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, um Steuerumgehung und -hinterziehung zu verhindern, Besteuerung von Gewinnen in jenem Land, in dem sie erzielt werden, sowie ein Ende der verschiedenen Spielarten nationaler Steuervergünstigungen sind nur einige der Vorschläge, die die RepräsentantInnen im EU-Parlament machen.

EU-Länder helfen Multis beim Steuersparen ■ Besonders alarmierend ist, dass sich im Zuge der Untersuchungen durch den Sonderausschuss herausgestellt hat, dass EU-Mitgliedsländer multinationale Konzerne sogar aktiv dabei unterstützen, wenn es darum geht, möglichst wenig Steuern zu zahlen. Der Bericht des Sonderausschusses zählt einige der Methoden auf, die EU-Mitgliedstaaten zum Vorteil der Multis eingeführt haben, darunter:

Die LuxLeaks-Aufdecker stehen derzeit vor Gericht. Ihnen droht eine mehrjährige Gefängnisstrafe.

- die missbräuchliche Verwendung von Steuervorbescheiden oder Vergleichsvereinbarungen, die eine Steuerbegünstigung bewirken sollen
- abweichende Begriffsbestimmungen für Betriebsstätte und Steuersitz
- die Ermöglichung der Gründung von Zweckgesellschaften ohne wirtschaftliche Substanz wie Briefkastenfirmen, die eine günstigere Steuerbehandlung möglich macht
- Unternehmen können von ihren steuerpflichtigen Einnahmen fiktive Zinsen abziehen, die auf der Grundlage des Eigenkapitals ihrer Anteilseigner berechnet werden
- unklare oder nicht abgestimmte Bestimmungen zu Verrechnungspreisen
- Steuervergünstigungen, insbesondere in Bezug auf immaterielle Güter (Patent-, Wissens- oder Lizenzboxen)
- Erstattung der oder Ausnahmen von der Quellenbesteuerung von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren durch bilaterale Steuerabkommen

Aufgrund der Fülle an Informationen zu Steuerschonmodellen für multinationale Konzerne, die die EU-Mitgliedsländer an den Sonderausschuss übermitteln mussten, hat das EU-Parlament die Fortsetzung der Untersuchungen beschlossen. Im Juli soll es bereits Ergebnisse geben und eine Resolution dazu verabschiedet werden.

Zusätzlich ist ab Herbst die Einsetzung eines eigenen Untersuchungsausschusses zu den Panama Papers geplant. Für Spannung ist angesichts des Datenvolumens gesorgt: Mehrere Politiker legten bereits ihre Ämter nieder - etwa der isländische Premierminister Gunlaugsson, der spanische Industrieminister Soria oder der ungarische Oppositionspolitiker Boldvai. Der britische Premierminister Cameron geriet ebenfalls wegen eines Offshore-Kontos, das von seinem Vater eingerichtet wurde, unter Druck. Bislang sind bei weitem noch nicht alle Daten ausgewertet worden, der ab Herbst tagende Panama-Untersuchungsausschuss wird daher für einige Spannung sorgen.

Gertraud Lunzer ■ AK Wien
gertraud.lunzer@akwien.at

Frank Ey ■ AK Wien
frank.ey@akwien.at

1) Vgl. David Walch, *Panama – das Wegschauen der Regierungen hat System*, vom 18. April 2016, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/panama-papers/>

2) Vgl. Ronen Palan, Richard Murphy, Christian Chavagneux, *Tax Havens. How Globalization Really Works* (2010).

3) Vgl. <https://panamapapers.icij.org/graphs/> (abgerufen am 25. Mai 2016).

4) Vgl. James Henry 2012, *The Price of Offshore Revisited, bank financials, private banking industry interviews, JSH analysis*

5) Vgl. Gabriel Zucman, *Was lehrt uns das*

Panama Leak?, vom 21. April 2016, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/panama-leak/>.

6) Vgl. Bericht des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung des Europäischen Parlaments, PE564938, vom 5. November 2015, <http://bit.ly/1Q24SBQ> (abgerufen am 16.6.2016).

7) Vgl. EurActiv.de, *Juncker streitet Vorwürfe in LuxLeaks-Affäre ab*, vom 18. September 2015, [http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/juncker-streitet-vorwurfe-in-luxleaks-](http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/juncker-streitet-vorwurfe-in-luxleaks-affare-ab/)

affare-ab/ (abgerufen am 16.6.2016).

8) Vgl. Sven Giegold, *LuxLeaks Prozess: Haftforderung für Whistleblower widerspricht Gerechtigkeit*, 10. Mai 2016, <http://www.sven-giegold.de/2016/luxleaks-prozess-haftforderung-fuer-whistleblower-widerspricht-gerechtigkeit/> (abgerufen am 23. Mai 2016).

9) Vgl. <http://bit.ly/1tuP29a> (abgerufen am 16.6.2016).

